

II-3974 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1949/J

A n f r a g e

1982 -06- 18

der Abg. Dr. FEURSTEIN, Dipl.Ing. Maria Elisabeth Möst
und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend geschützte Werkstätten für Behinderte

Das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung hat im Auftrag des Sozialministeriums eine Untersuchung über die Integrationsmöglichkeiten von Behinderten durchgeführt. Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung bildet die Feststellung, daß nur etwa 2 % der arbeitenden Behinderten in geschützten Werkstätten in den letzten Jahren an den freien Arbeitsmarkt abgegeben werden konnten. 90 % der Behinderten haben den Wunsch, einen Arbeitsplatz außerhalb der geschützten Werkstätten einzunehmen. Die Möglichkeiten der Integration der Behinderten im Berufsleben sind noch in keiner Weise ausgeschöpft. Wesentlich dafür ist insbesondere, daß die Mittel der Arbeitsmarktverwaltung nur für die vorübergehende Beschäftigung von Behinderten, etwa zur Ausbildung oder für Schulungsmaßnahmen eingesetzt werden können, aber nicht zur Förderung von Dauerarbeitsplätzen für die Behinderten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. *Welche Konsequenzen ergeben sich für die Tätigkeit Ihres Ministeriums aus der Untersuchung des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung über die Integration der Behinderten im Berufsleben ?*
2. *Werden Sie aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung auch Dauerarbeitsplätze für Behinderte fördern ?*
3. *Wenn ja, in welchem Ausmaß werden Sie solche Förderungsmittel zur Verfügung stellen ?*
4. *Welche anderen Maßnahmen sind zur besseren Integration der Behinderten im Berufsleben vorgesehen ?*